

Sächsische Volkszeitung

Er erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage.
Verlagspreis: Vierteljährl. 1 M. 50 Pf. (ohne Postgebühren).
Post-Verlagsnummer 6858.
Bei außerdeutschen Postanstalten laut Zeitungs-Preisliste.
Einzelnnummer 10 Pfennige.

**Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit.**

Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, Pillnitzer Straße 43.

Inserate
werden die gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 15 Pf.
berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt.
Redaktions-Sprechstunde: 11-1 Uhr.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1366.

Nr. 118.

Katholiken: Philipp N.

Dienstag, den 26. Mai 1903.

Protestanten: Beda.

2. Jahrgang.

Große Volksvereinsversammlung zu Leipzig am 24. Mai.

Zu einer Zentrumsheerfahrt gestaltete sich die Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland, die am Sonntag nachmittag 4 Uhr im großen Theateraal des Krystalpalastes tagte. Mit Recht konnte ein Redner behaupten, einen so starken Besuch an Männern aus allen Kreisen der katholischen Bevölkerung habe Leipzig seit Jahrhunderten nicht gesehen; es waren annähernd 900 Männer erschienen. Wir hoffen nicht, daß sich die Protestanten der Stadt deshalb beunruhigt fühlen, weil auch die Katholiken ihre Zusammengehörigkeit durch rege Teilnahme an Volksvereinsveranstaltungen bekunden und zur Zeit der Wahl politische Stellung nehmen. Der wahre Frieden, der von beiden Seiten innigst gewünscht wird, bleibt dadurch an keine Gefahr, daß die Freiheit, seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben, aufrichtig hochgehalten wird. Doch gehen wir zur kurzen Berichterstattung der Versammlung selbst über.

Der Geschäftsführer Herr Kaplan Klesse eröffnete die Versammlung mit einigen Worten der Begrüßung und schritt sodann zur Bureauwahl. Durch Zuzug wurde Herr Schlosser Ratissel zum 1. Vorsitzenden, Herr Fabrikant Georg Triebler zum 2. Vorsitzenden und Herr Lehrer Reins, Bergmann zum Schriftführer erwählt. Herr Kaplan Klesse erstattete sodann den Jahresbericht. Demselben entnehmen wir ein hoch erfreuliches Wachstum des katholischen Volksvereins. Während die Mitgliederzahl zu Ende 1901 noch 193 betrug, ist dieselbe am Schlusse des verfloßenen Jahres auf 398 angewachsen. Die ganze Stadt wurde in 5 Bezirke eingeteilt: Leipzig-Zentrum, Leipzig-Nord, Leipzig-Süd, Leipzig-Reudnitz I und II, Leipzig-West. Der Besuch der verschiedenen Versammlungen betrug durchschnittlich 70 Personen. Es wurden hierbei eine große Anzahl höchst instruktiver Vorträge politischer und sozialer Natur gehalten, Flugblätter verteilt und besonders für die „Sächsische Volkszeitung“ agitiert. Im besonderen gedachte der Referent der verdienstvollen Tätigkeit des Herrn Lehrer Rückert. Besonderen Dank stattete er dem früheren Geschäftsführer und Vertreter, dem vielverdienenden hochwürdigen Herrn Sup. Zuch, für seine stille, legendäre Tätigkeit ab. Hierauf betritt der Chefredakteur der „Sächs. Volkszeitung“, Herr Nauer aus Dresden, die Redner-
bühne.

In seiner einstündigen Rede beleuchtet er die Grundsätze, auf denen eine Volkspartei beruhen muß. Er beantwortet die Frage um den Wahlspruch des Zentrums: „Mit Gott für Wahrheit, Recht und Freiheit.“ „Mit Gott!“ Diesen Teil des Programms teilen wir Katholiken mit den Konservativen, im Gegensatz zu den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten, die diesen Punkt aus dem Programm gestrichen haben. Die Treue gegen das Christentum schließt die Treue gegen Pflicht und Vaterland mit ein. Die Katholiken waren stets Königstreue und dem Vaterland ergeben. Redner weist den Vorwurf der Reichsfeindschaft an der Hand der Ereignisse seit Gründung des Deutschen Reiches treffend zurück. Das musterhafte Verhalten der deutschen Katholiken ist ganz besonders während des Kulturkampfes durch die Reichstreue glänzend bewiesen. In ganz anderen Richtungen zeigte sich die Reichs- und Königstreue anderer Parteien in den letzten Wochen. Als Graf Bülow die Auf-

hebung des § 2 des Jesuitengesetzes in Aussicht stellte, da sprach man von Reichsverdröbenheit, von Abkündigung der Liebe zum Reich im liberalen Lager. Und der Besuch des Papstes durch den hochgemuten deutschen Kaiser gab noch deutlicher die Bedingtheit der Loyalität in gewissen Kreisen kund. Besonders fraglich erschien die sogenannte Sachsentreue in jenen sächsischen Kreisen, die nicht genug vor Hyjazanismus mit dem Schwerte weiden können, wenn alles nach ihrem Sinne geht, die aber kein Mittel der Verdrehung und Verleumdung unversucht gelassen haben. Misträuen zwischen Königshaus und Volk zu stiften.

Im weiteren bespricht Redner die Stellung des Zentrums zu den Ausgaben für Meer und Marine und erwähnt, daß mit Hilfe des Zentrums in den laufenden 18 Jahren durch Abstriche von den Maren 300 Millionen erspart worden sind. Für Heeresauslagen sei man an einem gewissen Anknüpfungspunkt angelangt. Ferner tritt das Zentrum uneingeschränkt für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ein. Die Konservativen wollten nicht die Verbesserung des geheimen Wahlrechts. Sie haben auch in Sachsen das Wahlrecht zu Ungunsten des Volkes beschnitten. Ebenso seien sie gegen die Bewilligung von Däten.

Redner bespricht sodann mehrere dringend notwendig gewordene Änderungen im Strafgesetzbuch in bezug auf Verletzung von Verleumdung, des Duellausweges, der Gotteslästerung und des Weineids und kommt sodann auf die sozialen Fragen zu sprechen. Die Mittelstandsfrage müsse gepflegt werden. Das Großkapital schließe sich zu Organisationen, zu Kartellen zusammen. Das Volk müsse das gleiche tun. Die Landwirte, Kaufleute, Gewerbetreibenden müssen sich zu Organisationen zusammenschließen, wie es im Mittelalter der Fall war. Das Volk soll zur Selbsthilfe greifen und nicht allein auf den Staat rechnen. Der Handwerker muß sich vor allem selbst weiter bilden. Es müssen Fachkurse eingerichtet und besucht werden. Der Staat möge diese Bestrebungen unterstützen. Redner kommt auf die großen Verdienste des Zentrums für das Wohl der Arbeiterklasse zu sprechen und weist die richtige Taktik des Zentrums nach im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die entweder alles oder nichts haben wollen. Hatte das Zentrum die gleiche Taktik befolgt, so würde das arbeitende Volk die Vorteile der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung bis heute nicht genießen. Nachdem die Sozialpolitik gestreift worden war, bespricht Redner als letzten Punkt die Stellung der Zentrumspartei, sowie der übrigen Parteien zur Frage der Religion. Hierbei weist er mit Entschiedenheit die Angriffe der Gegner auf das konfessionelle Bekenntnis des sächsischen Königshauses zurück und erwähnt das Schicksal des Toleranz-Antrages in den sächsischen Kammern. Mit seiner Ironie behandelt er die „Objektivität“ der Steuergebung für die Katholiken und Protestanten und widerlegt den Vorwurf der Profiteuremacherei vonseiten der Gegner der Katholiken. Keine Partei heiße dem Zentrum. Darum doppelte Rüstung nötig. Halten wir sächsische Katholiken treu zum Reiche, man weiß nicht, ob nicht von da her uns einmal die Hilfe kommt. Unter großem Beifall proklamiert der Redner: „streng sachlich bleibende, hochgeschätzte Redner die Wahl des Zentrumskandidaten Herrn Dr. Felix Borisch in Breslau für die beiden Leipziger Wahlkreise.“ (Lebhafte Beifälle.)

Die Versammlung beschließt unter Beifall, ein Telegramm an die zur gleichen Zeit in Zwickau tagende kath. Versammlung zu senden.

Als zweiter Redner spricht Herr Kaplan Rodenburg über das Apostolat des katholischen Mannes.

Redner überbringt zunächst die herzlichsten Grüße des Volksvereins von Dresden, der 1000 Mitglieder zählt. Das Apostolat der Laien bestehe darin, Seelen zu gewinnen, aber nicht anderen Konfessionen durch List oder mit Gewalt und Geld abzujagen. Die Katholiken möchten gern Schulter an Schulter kämpfen mit allen christungläubigen Protestanten, sie möchten mit ihnen in Frieden leben. Der Toleranzantrag des Zentrums will allen anerkannten Religionsgemeinschaften gern gewähren, was wir selbst fordern. Wir nehmen nur eine Kampfstellung gegen alle ungläubigen Kreise ein. Dies soll aber nicht ein Kampf sein mit brutalen Mitteln, sondern ein geistiger, rechtlicher Kampf. Die Welt soll die kath. Männer, Priester wie Laien, im Vorbeigehen des Kampfes für unsere christliche Ueberzeugung sehen.

Redner kommt nun auf die Ursachen des Unglaubens zu sprechen und nennt als erste den Wissensstolz. Vieles gründliche Wissen führt zu Gott hin, während ein bloßes an den-
selben oft von Gott entfremdet. Der Redner beweist die Wahrheit dieses Wortes an Beispielen (Newton, Pasteur usw.). Wir Katholiken fordern nicht, daß ein Bundesfürst um unserwillen seine Konfession wechselt. Wir werden vielmehr festhalten an der uns von Gott gesetzten Autorität. Wir müssen Veranbarung einlegen gegen einen gewissen Hund (Beifall), der sich evangelisch nennt. Sein Treiben kann dem deutschen Vaterlande nur zum Verderben gereichen, da er die konfessionellen Gegensätze verschärft. Ein Teil seiner Führer steht nicht einmal mehr so nahe zum Evangelium, daß er Christus als den eingebornen, wesensgleichen Sohn des göttlichen Vaters anerkennt. Redner bedauert die törichte Meinung der Eltern, daß der Religionsunterricht in den höheren Schulen die Schüler unnötig belaste. Er weist sodann auf die katholischen Studentenvereine hin, durch welche viele wissenschaftlich gebildete Jünglinge für unsere hl. Religion begeistert werden können.

Eine andere Ursache des Unglaubens sei der Mangel an Kenntnis der katholischen Wahrheiten, an Kenntnis der Wahrheiten unseres Katechismus. Der Katechismus lehre den einzelnen Ständen das Gebot der Nächstenliebe, wodurch das Verhältnis der einzelnen Stände zu einander geordnet wird. Redner führt Beispiele an, wie katholische Beamte, Abgeordnete usw. ihren katholischen Glauben praktisch betätigen. Eine weitere Ursache des Unglaubens sei der unstillbare Lebenswandel, ferner die leidige Menschenfurcht. Der Redner gibt Beispiele in der Kirche und Schwächen ihrer Mitglieder an. Die Kirche habe aber nie ihre Gesetze, nie ihre Moral im Laufe der Zeit geändert, einem Papst zu Liebe oder einem Fürsten zu Liebe. Die letzte Ursache des Unglaubens sei die glaubenslose Presse. Man klagte über die Rückständigkeit der katholischen Literatur, aber man unterläßt sie nicht. Unsere Zeitung, behauptet der Herr Redner, sei gut. Er ergeht sich in einem Lob über die Leipziger katholische Gemeinde und bittet, mit Dresden in Konkurrenz zu treten. Er wünscht, daß sowohl die Zahl der Abonnenten, als auch die Teilnehmer an Pöschereien sich recht vergrößern möchte. Er bittet, auch in einer Stadt, in der doch viel Unglaube sich zu sammeln findet, möchte jeder katholische Mann ein Missionar werden bei den kath. Mitbürgern an unserer kath. Sache. Mit dem blanken Glaubensschild zu Kampf, zu Sieg, zu ewiger Glorie. (Lebhafte Beifälle.)

Hierauf nimmt der Hochw. Herr Superior Schmittmann das Wort. Er begrüßt die Versammlung mit dem kath. Gruße, gedenkt der vergangenen trüben Zeit, und freut sich, daß ein neues Leben in der Gemeinde erwacht sei. Nachdem er den beiden Rednern gedankt, gedenkt er unseres glorreich regierenden hl. Vaters Leo XIII., ferner unseres hochwürdigsten Kaisers Wilhelm II., der das Oberhaupt unserer Kirche vor kurzem besucht, und endlich unseres geliebten ehrwürdigen Königs Georg und bringt auf diese drei höchsten Gewalten für die sächsischen Katholiken ein dreifaches Hoch aus, das von der Versammlung begeistert aufgenommen wurde.

Sodann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 24. Mai im Theateraal des Krystal-

An die Reichstagswähler Sachsens!

Am 16. Juni ist Reichstagswahl. Die an diesem Tage gewählten Abgeordneten werden in den nächsten 5 Jahren über das Wohl und Wehe des deutschen Volks entscheiden. Verantwortungsvoll ist demnach die Aufgabe eines jeden Wählers. Jede Stimme ist wichtig, deshalb darf kein Wähler von der Wahlurne fernbleiben.

Von jedem Wähler fordert es die Gewissenspflicht und eignes Interesse, vorher genau zu prüfen, welchem Kandidaten er seine Stimme zu geben hat.

Bisher haben in Sachsen vorzugsweise die Sozialdemokraten und die Nationalliberalen, letztere ein Gemisch von Konservativen, Rationalliberalen und Reformern (auch Antisemiten genannt) um die Mandate gerungen. Die Sozialdemokratie hat den Klassenkampf auf ihre Fahne geschrieben, sie will und schürt denselben.

Auf dem Erfurter sozialdemokratischen Parteitag erklärte ihr Parteiführer Bebel: „Es handelt sich zunächst nicht darum, ob wir dieses oder jenes erreichen, für uns die Sozialdemokratie, ist die Hauptsache, daß wir gewisse Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann.“ Die Sozialdemokratie will einfach keine Verbesserungen, sondern durch Verhinderung der sozialen Forderungen die Unzufriedenheit in weitere Kreise

*) Der vorstehende Aufruf samt dem Wahlaufsatz der Zentrumspartei wird in jeder beliebigen Anzahl der einzelnen Wahllokale zur Verfügung gestellt. Wir ersuchen die Bezeichnung hiervon, ebenso die der nötigen Stimmzettel etc. bei der Geschäftsstelle unseres Blattes beliebigst voranzulassen zu wollen.

tragen, um auf diese Weise die Masse des Volks an sich zu fetten und um so die politische Macht an sich zu reißen.

Tatsächlich haben die Sozialdemokraten fast gegen alle Gesetze gestimmt, die die Lage der Arbeiter verbesserten, sie sind durch ihre z. Z. unerfüllbaren Forderungen sogar Schuld daran, daß es mit der sozialen Gesetzgebung nicht schneller vorwärts geht.

Auf dem religiösen Gebiete erstreben sie nach den Aussprüchen ihrer Führer den **Atheismus**, d. h. die **vollendete Gottlosigkeit**. So gestand offen ihr Führer Bebel in deutschen Reichstage am 31. März 1881. Danach hat die Sozialdemokratie auch stets gehandelt, sie ist nie zu gunsten der Religion eingetreten.

Was die Arbeiterschaft von der sozialdemokratischen Herrschaft zu erwarten hätte, können wir deutlich an Frankreich sehen, wo die Sozialdemokraten seit langer Zeit mit am Ruder stehen (und für das soziale Wohlergehen nichts getan haben), und wo trotzdem die soziale Gesetzgebung gegen Deutschland weit zurück ist.

Die Sozialdemokratie ist trotzdem in Sachsen im Vordringen begriffen, weil die Kartellparteien ihrer Aufgabe sich nicht gewachsen gezeigt haben, ja vielfach die Rechte des Volks geradezu unterdrückt.

Eine Frucht des Geistes, der bei den sächsischen Konservativen und Nationalliberalen herrscht, war die ungeheureliche Verschlechterung des Landtagswahlrechtes.

Schon dies allein läßt erkennen, wie niedrig sie weite Kreise des Volkes einschätzen, und daß die wirtschaftlich Schlechtgestellten auf ihre Hilfe nicht bauen können. Auch vor der Beschneidung des Reichstagswahlrechtes würde diese Partei gewiß nicht zurückschrecken.

Es gebietet uns in Sachsen an einer Partei, die nach den Grundsätzen einer zielbewußten christlichen Politik überall die idealen Interessen des sächsischen Volkes auf politischem, gewerblichen und wirtschaftlichen Gebiete vertritt.

Eine solche Partei ist das Zentrum; mit Recht kann man es als eine Partei der ausgleichenden Gerechtigkeit in den Interessenfragen der einzelnen Stände bezeichnen. Es vertritt nicht die wirtschaftlichen Interessen eines einzelnen Standes auf Kosten des Wohles anderer Stände. Es hat sowohl die Interessen des Mittelstandes, des Handwerkes, wie auch die des Arbeiters, des Kaufmannes, und des Landwirtes vertreten und bevorzugt keinen Stand vor dem andern. Es erkennt auch die sozialen Pflichten gegenüber dem Arbeiterstande an und ist deshalb auf den Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Anerkennung der gesellschaftlichen Gleichwertigkeit des Arbeiterstandes stets bedacht gewesen. Es hat aber auch niemals, selbst in den Tagen des schwersten Kampfes mit der Regierung, nicht darauf vergessen, daß das Vaterland über der Partei stehen muß und danach gehandelt.

Niemand kann mit der gesetzgeberischen Tätigkeit des Zentrums im deutschen Reichstage unzufrieden sein. Wir haben uns deshalb voll und ganz dem Programm des Zentrums angeschlossen und bitten alle Reichstagswähler: wählet den Mann, der unter den aufgestellten Kandidaten Euch Sicherheit bietet, Eure wirtschaftlichen und gewerblichen Interessen im Reichstage voll und ganz zu vertreten, dies ist allein der Mandat der Zentrumspartei

Herr Justizrat Dr. Felix Borisch in Breslau.

Das Zentrums-Wahlkomitee.